

Die politischen Probleme Südbösterreichs.

Im Juli d. J. ist in Wien unter dem Vorſitze des Prinzen Alexander Thurn und Taxis, des Beſitzers des Schloſſes Duino, ein „Ausſchuß für öſterreichiſche Adriainterreſſen in Wien“ ins Leben getreten, der ſich der ſich zur Aufgabe geſetzt hat, die engere Verbindung der Adriaküſte und insbeſondere unſeres Haupthaſens Trieſt mit dem öſterreichiſchen Hinterlande zu fördern. Der „Adria-Ausſchuß“ will zunächſt als Grundlage ſeiner Tätigkeit von ſachkundigen Mitglievern Referate ausarbeiten laſſen, die alle hier in Betracht kommenden Fragen politiſcher, kultureller und wirtſchaftlicher Natur behandeln und dadurch die Richtlinien ſeiner weiteren Tätigkeit feſtlegen. Als erſte dieſer Ausarbeitungen verſendet er nun ein Referat über „Unſere Adriaküſte und die politiſchen Probleme Südbösterreichs“ von Profeſſor Dr. Paul Samassa mit einem Korreferat des Sektionscheſs a. D. und Herrenhausmitgliebes Gz. Graien Anton Pace. Referat und Korreferat beſchäftigen ſich vor allem mit der Frage der nationalen Autonomie und ihren Rückwirkungen auf das Verhältnis der Adriaküſte zu ihrem Hinterlande ſowie mit der nach dem Krieg im Süden zu beſolgenden Politik. Der Referent kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

Die Staatsgewalt habe ſich gegenüber dem italieniſchen Irredentiſmus unbedingt durchzuziehen; inſoſange ausreichende Bürgſchaften für eine Wirſamkeit in öſterreichiſch-ſtaatlichem

Sinne nicht gegeben ſeien, müſſe die Autonomie von Trieſt und Friaun, ebenſo wie die von Pola ſuspendiert bleiben. Die nationale Eigenart der Ladinischen Friaunler iſt zu pflegen, in der Schule iſt das Friaunliche als Unterrichtſprache, das Deutſche als Unterrichtgegenſtand einzuführen. Die Forderung des ſüdslaviſchen Klubs auf Schaffung eines ſüdslaviſchen Staates iſt ebenſo unbedingt abzulehnen, wie die Zuſammenlegung des ſloveniſchen Sprachgebietes in Deſterreich zu einem beſonderen Verwaltungskörper. Auch das von der Regierung verriete Programm der nationalen Autonomie innerhalb der Kronlandsgrenzen wird als undurchführbar bezeichnet, da dies von andern Gründen, die dagegen ſprechen, ganz abgesehen, doch z. B. die Schaffung autonomer italieniſcher Gebiete im Küſtenlande zur Folge hätte, die natürlich ganz den Irredentiſten ausgeliefert wären. Eine nationale Autonomie auf perſoneller Grundlage könnte vielleicht auf beſchränktem Gebiete allmählich ausgebaut werden; zurzeit würde dies aber von den Slovenen nur als völlig unzulängliches Zugeländnis bewertet werden und überhaupt nicht ins Leben treten können.

Vom Standpunkt des erfahrenen Verwaltungsbeamten unteſucht Graf Pace die Möglichkeit der Durchführung einer nationalen Autonomie, indem er von dem vorhandenen Zuſtand der Doppelverwaltung durch die ſtaatlichen und die autonomen Landesbehörden ausgeht. Er legt dar, wie die Uebertragung der Befugniſſe der autonomen Landesorgane auf nationale Körperſchaften unbedingt eine expanſive Tendenz bei letzteren auslöſen würde und die nationalen Minderheiten in den betreffenden Gebieten in die Gefahr kommen, völlig entrechtet zu werden. Vom geſamtſtaatlichen Standpunkte ſind aber gerade die deutſchen Minderheiten im ganzen Süden beſonders wertvoll. Die perſonelle Autonomie ſcheitert aber an den Schwierigkeiten, eine geregelte Verwaltung auf dieſer Grundlage überhaupt durchzuführen. Zum Schluſſe weiſt Graf Pace darauf hin, daß die Durchführung der nationalen Autonomie zum größten Teil in die Kompetenz der Landtage fallen würde und es doch kaum zu erwarten ſei, daß die Landtage von Steiermark, Kärnten und Tirol zu einem derartigen Experiment die Hand bieten würden; anderſeits ſei aber auch nicht anzunehmen, daß eine Regierung, die ſo ſehr auf die Verfaſſungsmäßigkeit eingeworren ſei, wie das Miniſterium Seidler, die nationale Autonomie etwa auf dem Wege einer Verfaſſungsverletzung oltronieren werde.